

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
36 (1922)**

263 (9.11.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-455554](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-455554)

36. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Abonnementspreis für einen Monat 230.00 Mark, dazu 20.00 Mark Beleggeld, bei Abholen von der Expedition 230.00 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 690.00 Mark, monatlich 230.00 Mark ausschließlich Beleggeld.

Republik

Preis 10 Mk.

Bei den Inserenten wird die entsprechende Millimeterzeile oder deren Raum für die Inserenten in Kalkül - und Wählerversuchen und Umgegend mit 6.00 Mk. berechnet, Familien-Anzeigen 4.50 Mk., für Anzeigen ausländischer Inserenten 9.00 Mk., Anzeigen im Reklameteil der Millimeterzeile 35.00 Mark.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisch, Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58 Wilhelmshaven-Rüstringen, Donnerstag, 9. November 1922 * Nr. 263 Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Die Wahlen in Sachsen.

Aus Dresden wird uns geschrieben: Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen wirkte zunächst geradezu wie eine familiäre Unterredung. Nach monatelangen, heißen Kämpfen stellte sich heraus, daß so gut wie alles beim alten geblieben war. Die bürgerlichen Parteien waren in ihrem Verein mit den Kommunisten gegen die Sozialdemokratie Sturm gelaufen, und nun stellte sich heraus, daß all dieses Wüten und Toben an der Stellung der Sozialdemokratie gar nicht geändert hatte. Nur ein Zentrumsmann, der einzige seiner Art im sächsischen Landesparlament, war auf der Strecke geblieben, und ein Kommunist hatte seinen Platz an dem Gürtel gefestigt.

Spätere Nachrichten zeigten dann ein einigermaßen verändertes Bild. Zwar zeigen sich auch jetzt noch keine großen Verschiebungen, aber doch eine erfreuliche Veränderung, die als Ergebnis eines von der Sozialdemokratie in der Verteidigung geführten Kampfes doppelt erfrischend wirkt. Nicht nur den Kommunisten haben die Bürgerlichen ein Mandat abgenommen, sondern auch die Sozialdemokraten, deren Zahl im Landtag von 40 auf 41 steigt. Die Kommunisten haben statt 9 jetzt 10 Sitze. Die Deutschnationalen sind von 29 auf 19 herabgekommen, Volkspartei und Demokraten sind bei 18 und 8 Mandaten verblieben. Das Zentrum ist, wie schon gesagt, ausgefallen. Die Sache stellt sich also jetzt folgendermaßen dar: Die Bürgerlichen haben statt 47 nur noch 45 Mandate, die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 41 Mandate, statt zuvor 49. Die bürgerlichen Parteien hatten sich in ihren Zeitungen, Flugblättern, Vorträgen und Wappreden maßlos über die „Jugendmänner-Mehrheit“ der sächsischen Regierung ausgelassen. Wird in Sachsen aber in der bisherigen Weise weiter regiert, dann hat sich die besetzte und verpestete Jugendmänner-Mehrheit in eine Schwamm-Mehrheit verwandelt, was bei einem Parlament von 96 Sitzen immerhin schon recht unheimlich ist. Die Arbeiterregierung in Sachsen wäre jetzt vollkommen gesichert, wenn eben die Kommunisten eine wirkliche Arbeiterpartei wären.

Doch es den Kommunisten bei den Neuwahlen gelang, noch ein Mandat hinzuzugewinnen, ist unermesslich. Wirklich befriedigt könnte man sich von dem Wahlergebnis nur sein, wenn es eine nur aus Sozialdemokraten bestehende Links-Mehrheit gebracht hätte. Schon in den letzten Wahlen gab es in Sachsen bei den Reichstagswahlen eine sozialdemokratische Mehrheit, und es wäre nur natürlich, daß diese Mehrheit jetzt, nachdem die Strömungen der einzelstaatlichen Privilegienvirtschaft gefallen sind, in Sachsen regierte. Durch die Enthebung der kleinen Kommunistenpartei ist das vorläufig leider unmöglich gemacht worden. Statt der einen Partei der Linken gibt es zwei und die Sozialdemokratie braucht jetzt Unterstützung von links oder von rechts, um eine Regierungsmehrheit bilden zu können.

Obwohl nun das Wahlergebnis den Kommunisten an sich nicht ungünstig ist, zeigt es doch die absolute hilflose Konfusion der kommunistischen Politik. In den Flugblättern, die die Kommunisten in Sachsen verbreiteten, war die solche Redensart zu lesen: „Die Kommunistische Partei hat den sächsischen Landtag aufgelöst.“ In Wirklichkeit war die Wirkung der Kommunisten an diesem wenig gezeigten politischen Werk eine recht bescheidene; denn das Gras der Auflösungsmehrheit hatten nicht sie, sondern die Bürgerlichen gebildet. Weiden wir aber bei der großartigen Erfolge von der Auflösung des sächsischen Landtages durch die kommunistische Partei. Was haben denn die Kommunisten dabei erreicht? Fraglos war es ihre Absicht, der verhassten Sozialdemokratie eine gründliche Niederlage zu bereiten. Diese aber hat bei den Wahlen nicht nur nicht verloren, sondern trotz des Ansturms von rechts und links noch gewonnen. Oder was wollten die Kommunisten sonst? Etwa die Vernehmung ihrer Landtagszahl von 9 auf 10? Das wäre doch wirklich die ganze Mühe nicht wert gewesen!

Die größten Hoffen beim Kampfe gegen die Sozialdemokratie hatten freilich nicht die Kommunisten, sondern die Bürgerlichen im Kopfe. Können sie ihre Niederlage reichlich zu gönnen. Und besonders reichlich ist es dabei, das gerade ihre äußerste rechte Flügelpartei einen, wenn auch nur geringen Rückgang zu verzeichnen hat. Von ihr halte sich in der Kampfsphase ihre Nachbarin die Deutsche Volkspartei, nicht wesentlich unterscheiden. Gerade die Deutsche Volkspartei war es, die, offenbar, weil sie das meiste Geld hatte, mit den großbrustigen Vorkämpfern der Sozialdemokratie im schönsten Kinostil paradierte. Auch das hat ihr nicht geholfen. Sie hat ihr Mandatszahl nicht vergrößern können, und das Gleiche gilt von den Demokraten, die mit etwas besseren Kampfmännern, aber mit noch größeren Hoffnungen in den Wahlkampf gezogen waren.

Das Ergebnis zeigt, daß ohne die Sozialdemokratie in

Sachsen nicht regiert werden kann, wenigstens so lange nicht, als sich nicht die Kommunisten dazu entschließen, mit den Bürgerlichen zusammen eine Regierung zu bilden. Auf der andern Seite braucht die Sozialdemokratie als regierende Partei Unterstützung von links oder rechts.

Als das wichtigste Ergebnis des Wahlkampfes aber ist dies hervorzuheben, daß sich die Sozialdemokratische Partei als Regierungspartei in so schwerer Zeit unerjüchert behaupten, ja sogar noch ausdehnen konnte. Und die Sozialdemokratie als Oppositionspartei marschieren kann, das wissen wir aus unserer ganzen Parteigeschichte. In Sachsen aber standen wir vor neuen Erfahrungen. Zwei Jahre lang hatten die Sozialdemokraten die Last der Verantwortung allein getragen. Sie waren von rechts und von links in der leidenschaftlichsten Weise angegriffen worden. Sie haben sich trotzdem glänzend behauptet. Die Befürchtung, daß eine Partei, die in so unsäglich schwerer Zeit allein die Ver-

antwortung tragen müßte, schweren Verlusten ausgesetzt sei, weil viele Wähler ihre bereitete Unzufriedenheit mit den gegebenen Verhältnissen bildungslos auf die Regierung übertrug, hat sich nicht bewahrheitet. Die politische Einheit und die unanwendbare Gesinnungstreue der sozialdemokratischen Arbeiterklasse Sachsens hat sich bewährt. Und die Einigung der sozialdemokratischen Parteien hat ihre ersten Früchte getragen, die für die Zukunft noch reichere Erntenerwartungen lassen.

Der sächsische Landtag, der spätestens bis zum 15. Dezember zusammentreten muß, wird wahrscheinlich zum 28. November einberufen werden. Die „Volksische Zeitung“ ist der Auffassung, daß die sozialdemokratische Partei die Absicht hat, eine Regierung nur aus ihren Reihen zu bilden.

Die Hungerblockade der Agrarier.

Die agrarische Hungerblockade gegenüber den bäuerlichen Verbrauchern nimmt trotz der Erhöhung der Preise für Umlagegetreide unermesslich ihren Fortgang. Auf der Hauptversammlung des Deutschen Bauernwirtschaftsrates, die am Dienstag vormittag stattfand, machte der Vertreter des Reichsernährungsministeriums die Mitteilung, daß zur Versorgung in Warzenbrunn schon jetzt mehr Brotgetreide aus dem Ausland eingeführt werden mußte als im Vorjahre. Die Landwirte hätten von der Umlage bis Ende Oktober nur 60000 Tonnen geliefert, während sie im Vorjahre in der gleichen Zeit 1,14 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt haben. Der Fehlbetrag könne nicht allein durch die schlechte Ernte erklärt werden, sondern auch durch Schwierigkeiten bei der Verteilung der Umlage auf die einzelnen Landwirte. Diese Schwierigkeiten seien durch die späte Beschlußfassung des Reichsernährungsministeriums nicht zuletzt daher einen dringenden Appell an die Landwirte, die Ablieferung des Umlagegetreides soweit als irgend möglich zu beschleunigen.

Das Bild, das hier von der Ernährungslage gegeben wird, ist geradezu erschreckend. Wenn Herr Staatssekretär Heintze die Schuld daran dem Verlangen des technischen Apparates zuschob und auch die späte Beschlußfassung über das Gesetz für den Fehlschlag der Umlage verantwortlich machte, so hat er vergessen, hinzuzusetzen, daß sein Ministerium dafür in vollem Umfange verantwortlich ist. Das Reichsernährungsministerium hat die Vorlage dieses außerordentlich spät ausgearbeitet und an den Reichstag gebracht, weil es mit der Wirtschaftspolitik schon seit der letzten Wirtschaftskammerung die wirklich Verantwortlichen aber für die geringen Erfolge, die die Umlage bisher gehabt hat, sind die Agrarier, die nicht nur die Aufstellung einer einwandfreien Ernährungsliste hintertrieben, sondern sogar vielfach die Verteilung ausgehen haben, die Veranlagung zur Umlage zu hinterziehen. Man verlanke gedruckt, formulare, auf denen gegen eine zu harte Bezugnahme zur Umlage von vornherein Einspruch erhoben wurde. Dadurch entstanden natürlich viele Verzögerungen.

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Agrarier mit ihrem Sieferretiv spielen - denn nichts anderes ist ihr aktiver Widerstand gegen die Umlage. Der Verdacht liegt nahe, daß mit diesem Vorgehen das politische Ziel verfolgt wird, die Arbeiterklasse gegenüber dem Ansturm der Reaktion mürbe zu machen.

Der Termin der preussischen Gemeindevorwahlen.

Im Anschluß an einen im Landtag eingebrachten Antrag der kommunistischen Fraktion ist in einigen Blättern die Frage diskutiert worden, wann in den preussischen Gemeinden die Neuwahlen zu den Gemeindevorständen stattfinden sollen. Die kommunistische Presse, die die Verzögerung dieser Wahlen bis spätestens zum 1. April 1923 fordert, polemisiert gegen die preussische Regierung, die angeblich zugleich mit der neuen Städteordnung die Gemeindevorwahlen verschleppe. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hinzuweisen, so bemerkt der Amtliche Preussische Pressedienst, daß der preussische Minister des Innern, Beerling, bereits am 21. März d. J. im Ganztagsantrag des Landtags erklärt hat, daß er eine Neuwahl der Gemeindevorstände spätestens im Frühjahr 1923 für erforderlich halte. Der Minister erklärt weiter, daß wenn Staatrat und Landtag die Entwürfe der Städte- und Landgemeindevorwahlen rechtzeitig verabschieden würden, die Neuwahlen auf Grund dieser Gesetze stattfinden könnten. Andernfalls würde der Minister aber für den Verzug eines Vorgehens einstehen.

Der Zusammenschluß der Wirtschaft.

Die Konzentration der Wirtschaft, die man vor dem Krieg so oft gelobt hatte, hat nach dem Krieg, und gerade in der letzten Zeit, ein hübschliches Tempo angenommen. Wir haben in Mittel- und Ostdeutschland den Zusammenschluß von 34 Ruhrzuckerfabriken mit der Zuckerfabrik Dole, A.-G., ferner den großen Zusammenfassung in der Zuckerfabrik Holland A.-G., Witten, in der die Zuckerfabriken Alt-Witten, Holland, Glanitz, Ederitz, Wulfen, Adonitz, Wierdorf und Drödel mit der Zuckerfabrik Holland, Witten, vereinigt sind. Diese Gruppe verfügt über 85000 Hektar Zuckerrohrland und verarbeitet 700000 Zentner Rohzucker. Seine besonderen Ziele sind: Wacht von Gütern, gemeinsame Verwertung der Verlässe, gemeinsamer Einkauf von Holz und Betriebsmaterialien. Also ein ziemlich enger Zusammenfassung! Wir haben die Zuckerfabrik Glanitz mit zwei Ruhrzuckerfabriken, die eine Interessengemeinschaft mit Sprottau-Werke erreicht, ferner eine Interessengemeinschaft der Zuckerfabrik Kalkau mit der Sprottau-Werke. Wir haben Zusammenfassungsbewegungen in Schlesien. In Ostpreußen haben sich die Zuckerfabriken Stuttgart, Ostpreußen, Wapahäufel, Frontenthal, Rheingau und Offizin zusammenschlossen.

fen. Krankentheil hat eine Interessengemeinschaft mit der Zuckerfabrik Kalkau. Es wird nicht lange dauern, dann werden die 200 Zuckerfabriken und 60 Raffinerien zusammen mit den 2000 Zucker- und Zuckerwarenfirmen einen einzigen Reichtum darstellen, der bei seiner Verfügung über eine Zuckerfabrikfläche von 300 441 Hektar eine enorme Macht darstellen wird.

An der Ruhr-Industrie haben wir jetzt vor allem zwei große Konzerne: der Kalkauer Salzbergwerk umfaßt Salzbergwerk, Wälderleben, Weilerleben, Bergwerke chemische Fabriken zu Leopoldsdorf - also eine Verbindung von Abwägereiobjekten mit verschiedenen Betrieben, chemischen Abteilungen, Brauereien, Gerbereien und Wäldern - und daneben die Wälderleben-Werke mit den Deutschen Kalkwerken A.-G. und der Gewerkschaft Wälderleben-Wälderleben.

Das Motiv für den Zusammenfassung ist immer dasselbe: Verbilligung der Produktion, Verteilung des Risikos, Ersparnis an Umlagekosten und - das Wichtigste - Sicherung des Profits. Der letzte Gesichtspunkt der Schultheiß-Fabrikanten A.-G. gibt als Grund der Konzentration ganz offen zu, man müsse das Unternehmen auf breitere Grundlage stellen, um auch bei schlechtem Geschäftslage den Aktionären eine genügende Rendite zu sichern. Schultheiß-Fabrikanten vereinigt deshalb in sich auch Zuckerraffinerien, Mühlen und Produzenten-Verbindungsstellen für Zuckerverbrauch, Brauereizubehör usw.

Eine Hilfsaktion für erwerbslose Kopfarbeiter.

Der badische Finanzminister beabsichtigt, für erwerbslose Angehörige freier Berufe eine großzügige Hilfsaktion in der Wege zu leiten. Er will diese Arbeitlosen in der Finanzverwaltung unterbringen und als Ersatz für jüngere Mitarbeiter verwenden, soweit diese durch andere Verfahren keine Verpfändungen haben. In diese übrigen badischen Ministerien beabsichtigt, in ähnlicher Weise zu verfahren. Die Stadt Karlsruhe hat eine gleichartige Hilfsaktion für die Arbeitlosen, vor allem der freien Berufe in der Wege geleitet.

Während die Zeit der Kartoffelernte in normalen Jahren eine Überflutung der Städte mit Kartoffeln bedingt, mühen die Hausfrauen sich in diesem Jahre in den Städten an manchen Tagen die Sorgen abzugeben, um ein paar Pfund aufzutreiben, die dann natürlich teuer bezahlt werden müssen. Nach der ersten Darstellung hatten die 8 a b u z e r t e n in Ermartung weiterer Preissteigerungen die Kartoffeln zurück, nach der anderen konnten die Kartoffeln infolge Wagensmangel nicht zu den Verbrauchszentren transportiert werden. Wahrscheinlich haben beide Darstellungen recht.

Wenn man mit Kartoffeln schießen könnte

Ja, wenn Kartoffeln Angelin oder Granaten wären, mit denen man Munitionsbepfer füllen und schießen könnte! Waren während der „großen Zeit“ Kriegsmaterialtransporte fällig, so machte man nicht viel Bedenkens - die Annahme von Privatgütern wurde einfach gesperrt - manchmal sogar auf Wochen - und die Granaten rollten unbehindert ihrem Ziele zu. Wären Kartoffeln für Kriegszwecke zu gebrauchen, dann würde der geliebte Winkel auf den Bauernhöfen durchforstet werden, um das „schöne Material“ zu erhalten und den „Staatsgewerken“ dienbar zu machen.

Politische Rundschau.

Stiftungen des Reichspräsidenten für das deutsche Handwerk. Aus Anlaß des Vereinigungstages wurde dem Reichspräsidenten ein Fonds für Wissenschaft, Kunst und Handwerk gestiftet, über dessen Verteilung jetzt die ersten Verteilungen gemacht werden können. Die Tatsache, daß auch diesem Fonds, der der Erhaltung des deutschen Wissens und Könnens gewidmet ist, jetzt auch wichtige, von der Rot der Zeit bedrohte Arbeiten des deutschen Handwerks Hilfe erhalten, dürfte allgemein freudige Zustimmung finden. An erster Stelle steht da eine Zusammenfassung für die vom Reichspräsidenten Dr. Meißel gemeinsam mit dem Reichserblande des deutschen Handwerks gegründete Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskulturen. Außerdem das wirtschaftswissenschaftliche Institut für Handwerkerstudium in Hannover zur Heranzugung des deutschen Handwerkes in eine Summe erhalten. Ein weiterer Betrag wurde dem Reichsverbande Institut für rationelles Handwerksbetrieb überwiesen. Auch eine Stiftung an den Schlesischen Bund für Heimatschutz ist im wesentlichen durch Aufgeben für das Handwerk begründet, die dort bearbeitet werden sollen.

Ehrhardt in München.

Die „Völkische Zeitung“ hat sich in der vorigen Woche genötigt gesehen, auf die Tatlage hinzuweisen, daß der bekannte Parteiführer, Kapitän Ehrhardt, sich in München aufhalte und von dort aus seine Umtriebe fortsetze. Diese Mitteilungen sind von München aus amtlich demontiert worden. Dazu bemerkt die „Völkische Zeitung“: Wir stellen diesem Dementi auf Grund neuer Erkundigungen die Tatsache gegenüber, daß Kapitän Ehrhardt tatsächlich sich in München aufgehalten hat, allerdings unter fremden Namen, wie das wohl selbstverständlich ist. Gegenüber den Erklärungen, daß bei der Polizei keine Anzeige über Ehrhardt eingegangen sei, genügt vielleicht die Andeutung, daß Ehrhardt der Mittelpunkt schärfster Auseinandersetzungen innerhalb der rechtsradikalen Verbände gewesen ist, von denen ein Teil ihm die Befolgung bei einer gegen den Bestand des Reichs gerichteten Politik verweigerte. Die Regiererschaft gegen diese Politik kam sogar in einer Form zum Ausdruck, die die persönliche Sicherheit Ehrhardts bedrohte. Wer es wagt, diese Tatsachen zu demütieren, der ist entweder schlecht unterrichtet oder er hat ein Interesse daran, diese Tatsachen zu leugnen, ein Interesse allerdings, das nicht den Interessen des Deutschen Reichs entspricht.

Die ganze Sache beweist, in welcher gewissenloser Weise einzelne Kreise oder besser verantwortungslose Personen mit dem Schicksal der deutschen Bevölkerung spielen.

Vorbereitungen der Reaktion.

Unmittelbar nach dem Rathenau-Mord wurden eine ganze Reihe „vaterländischer“ Vereine aufgelöst. Ihre Mitglieder waren aus einer Zeitlang ruhig, während sie jetzt aber überaus tätig sind. Der blutige Oktoberermordung in Berlin war ein Aufruf, ihm sollen andere Provoaktionen folgen. Das Mitglied des aufgelösten deutschpöblichen Schup- und Truppendes und des ebenfalls aufgelösten Bundes des Aufstiegs, Major Bed, hatte zum 9. November einen „vaterländischen Abend“ für Berlin geplant, auf dem er seine Beobachtungen am 9. November 1918 zum Festen geben und erzählen wollte, worum er Kaiser nach Holland ging. Der Berliner Polizeipräsident hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht und die Versammlung verboten. Da in der Wochenchrift „Der Aufbruch“ zum Besuch der Wochenchrift aufgefordert wurde, geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Personenkreis der Eingeladenen und der Teilnehmer sich den Mitgliedern des aufgelösten Bundes der Aufstiegs und Knappel-Runge wollte am Sonntag im Zirkus eine große Hochschau abhalten und über die weltwirtschaftliche Verberdung und ihre Ursachen sprechen. Auch das hat der Berliner Polizeipräsident verboten.

Presseverbote im Rheinland.

Die Rheinlandschiffahrt hat, wie aus Aachen gemeldet wird, folgende Druckzeugnisse im besetzten rheinischen Gebiet verboten: „Das Reich“, „Reinhold“ von Max Leitz, die Wochen- und Monatsblätter in deutschen Ländern“ von Walter von Bismarck, „Das deutsche Raubtier“ von Paul Reichgraf von Dorothea und „Deutschland und der Friedensvertrag“ in Wort, Bild und Zahl, von Walter Groll.

Neue Löhne im Schuhgewerbe.

Bei den dieser Tage in Frankfurt a. M. stattgefundenen zentralen Schloherverhandlungen für das Schuhgewerbe wurde der Mindestlohn eines über 21 Jahre alten Arbeiters in Zeitschuh von 100 auf 142 M. für die Zeit vom 1. bis 15. November festgesetzt. Für die zweite Novemberhälfte erhöht sich dieser Satz auf 176 M. Die Löhne bilden die Grundlage für alle Preis- und Altersklassen. Für Heimarbeiter wird der prozentuale Zuschlag von 475 Prozent für die Zeit vom 1. bis 15. November auf 780 Prozent und für die Zeit vom 16. bis 30. November auf 930 Prozent erhöht.

Die türkischen Wirren.

Zu der Pariser Presse, die im allgemeinen über die Vorgänge im Orient gut unterrichtet zu sein pflegt, heißt es, die Entente werde an den Vertreter der Angora-Regierung in Konstantinopel ein Ultimatum richten, um die Angora-Regierung anzufordern, die Bedingungen, die sie in dem Vertrag von Mudana eingegangen ist, auch einzuhalten. Das wäre nicht mehr wie folgerichtig. Allerdings ist es die Frage, ob ein derartiges Ultimatum einen größeren Einfluss auf die Entwicklung im Orient haben würde. Die Maßnahmen, die die Angora-Regierung getroffen hat, laufen zum Teil dem Vertrag von Mudana feindschaftlich zuwider, und gerade diese Maßnahmen sind es, die der Entente zu schaffen machen. Im übrigen verliert England sein altes Ziel. Es führt den Sultan gegen die Regierung von Angora an. Wie es heißt, ist der Sultan auf ein englisches Kriegsschiff geflüchtet und denkt nicht daran, freiwillig auf den Thron zu verzichten. Da der Sultan aber schon seit längerer Zeit ein Gelangener Englands ist, kann man diesem Protest größeren Wert nicht beimesse. Denn die Opposition gegen diesen Sultan und seine Abhängigkeit von der Entente war es ja gerade, die die kemalistische Opposition entstehen ließ. Frankreich verliert in letzter Zeit, seinen orientalischen Stütz mehr dem englischen anzupassen. Poincaré hat in dieser Hinsicht ein längeres Schreiben an den neuen Ministerpräsidenten Englands, Bonar Law, gerichtet, in dem für Deutschland bemerksenswert ist, daß er die orientalische und die Reparationsfrage in einem Atem nennt. Ob aber diese Annäherung von längerer Dauer sein wird, muß bezweifelt werden; denn schon heute wieder ist ein Zwist zwischen England und Frankreich entstanden, da England den Termin der Kaufmann-Konferenz zu verschieben wünscht, während Frankreich auf dem 13. November besteht.

Wettervorhersage.

Morgen schwache bis mäßige Nordwestwinde, teilweise heiter, mit normierendem Dunst oder Nebel.

Die neuen Vorschläge.

(Eigene Drahtmeldung.) Die neuen von der Reparationskommission verlangten konkreteren Vorschläge der Reichsregierung zur Stabilisierung der Mark sind in einer langen Sitzung des Reichskabinetts am Mittwoch nachmittag eingehend verabschiedet worden und wurden noch am gleichen Abend der Reparationskommission überreicht. Der Vorschlag der Regierung stellt sich die Grundauflassung der Gutachten der ausländischen Finanzfachverständigen zu eigen: Notwendigkeit einer Stützung der Mark unter gewissen Voraussetzungen. Herabsetzung der Reparationsanleihe und Gewährung einer äußeren Anleihe sind diese Voraussetzungen. Die Auffassung der Reichsregierung über das Zustandekommen einer äußeren Anleihe durch ein zu bildendes Bankkonfession und die Verwendung der aufzubringenden Mittel zu Stabilisierungszwecken wird in allen Einzelheiten angeführt. Unter der Voraussetzung, daß die Grundauflassung in den Vorschlägen der Finanzfachverständigen Anerkennung findet, verpflichtet sich die Regierung zu durchgreifenden Maßnahmen zur Verhebung der schwebenden Schuld und zum Ausgleich des Budgets. Die Mitwirkung der Reichsbank an einem zu Stützung der Mark berufenen Finanzkonfession wird in Aussicht gestellt.

Die Reparationskommission wird sich am Donnerstag vormittag in einer internen Sitzung mit der deutschen Antwort beschäftigen und beschäftigt, am Nachmittag noch eine gemeinsame Sitzung mit den Unterhändlern der Reichsregierung abgehalten. Am Freitag soll dann die Rückreise nach Paris erfolgen.

Am Donnerstag vormittag werden die Parteiführer und die Presse vom Reichsanwalt empfangen. In der Sitzung der Parteiführer soll auch über die Einberufung des Reichstages endgültig Bescheid gefaßt werden. Die Einberufung erfolgt voraussichtlich Montag. Am Mittwochabend wurde der Auswärtige Ausschuss des Reichsrats über die Verhandlungen mit der Reparationskommission und die Vorschläge der Regierung unterrichtet.

Die Lage in Bayern.

(Münchener Meldung.) Der bayerische Landtag trat gestern zu einer neuen Tagung zusammen und nahm nach Erledigung formaler Angelegenheiten die Wahl des Winterpräsidenten vor. Von 143 abgegebenen Stimmen wurden für Dr. Kullig 86, h. h. 6 Stimmen über die verfassungsmäßig notwendige Zahl, abgegeben. Eine Stimme fiel auf Dr. Helm, eine weitere auf Dr. Schindler, beide Kandidaten der Bayerischen Volkspartei feinerzeit großes Aufsehen erregte, und eine Stimme auf Adolf Hüter, den Führer der bayerischen Nationalsozialisten, was für die Demokratie herabsetzt. Die Sozialdemokratie über Stimmhaltung. Dr. Kullig erklärte, trotz erster, allgemeiner und persönlicher Bedenken die Wahl anzunehmen. Sein Programm wird er am Donnerstag vor dem Landtag entwickeln.

Die Demokraten haben eine Erklärung ab, nach der sie sich der Stimme enthalten, da sie in keiner Weise über die Absichten der Koalitionsparteien bei der Umbildung der Regierung informiert werden seien. Sie könnten die neue Regierung nur unterstützen, wenn sie gemäß der Ehrlichkeit und Sicherheit in kritischen Zusammenarbeiten mit dem gesamten Deutschland zu arbeiten; hierzu unter der Voraussetzung, daß die Regierung alle verfassungsmäßigen Schritte der Gesamtanwendung einhalten wird und die Autorität des Staates zur vollen Geltung bringt.

Die Nationalsozialisten, auf die die letzte Bemerkung in der Erklärung bezieht, sind durch die entsetzliche Haltung der sozialistischen Arbeiterklasse hart in Verlegenheit geraten: Die Organisation der proletarischen Selbsthilfe ist in keinem Gange, es heißt, daß die Volkstrübsamer am Donnerstag auf der Dreyerswiese eine große Versammlung veranstalten wollen, um von dort aus ihren Angriff auf das Generalkonfession und das Gebäude der „Münchener Volk“ auszuführen. Nach absolut sicheren Informationen befinden sich zwischen Hüter und den italienischen Faschisten enge Beziehungen.

Wahlen in Amerika.

Die Demokraten haben in Amerika nach den bisherigen Berichten über den Verlauf der Wahlen einen nicht unerheblichen Sieg über die Republikaner errungen. Die Republikaner

Das Finanzgutachten.

Das erste Gutachten, das von internationalen Finanzfachverständigen der deutschen Regierung erstattet wurde und das die Unterstützung der Herren Brand, Gassel, Jents und Rognes trägt, ist jetzt veröffentlicht. Dasselbe zeigt, daß die Stabilisierung der deutschen Mark unbedingt erfolgen muß, und zwar auch im Interesse der alliierten Deutschlands. Voraussetzung dafür, daß eine Stabilisierung überhaupt erfolgen kann, ist die vollständige Entlastung Deutschlands von den Zahlungen aus dem Versailler Vertrag für mindestens zwei Jahre und zwar ist es bezeichnend, daß hier auch der Zahlungsausschuss für Sachleistungen gefordert wird, die die deutsche Regierung in ihren bisherigen Verhandlungen aufrecht zu erhalten verlangt hat. Das Gutachten verlangt weiter eine ausländische Anleihe, um so das Vertrauen in die Mark stärken zu können. Außerdem wird die Herabsetzung des Gehalts der Beamten im Haushalt als erforderlich bezeichnet, sie ist aber erst möglich, wenn die Währung stabilisiert ist. Auffallend ausführlich ist die Beurteilung der Frage, ob Deutschland ohne ausländische Hilfe an die Stabilisierung überhaupt herangehen kann. Dasselbe stellt das Gutachten fest, daß der Einfuhrüberschuss nicht übermäßig groß sein kann und daß infolgedessen die Stabilisierung aus eigener Kraft möglich ist, wenn die Bedingungen dazu gegeben sind. Es wird also eine Stabilisierung der Mark zwischen 3000 und 3600 vorgeschlagen, zu deren Durchführung die Schaffung einer neuen Werteneinheit notwendig ist. Der Kurs dieser neuen Werteneinheit auf Papiermark kann aber erst später festgelegt werden. Das Gutachten enthält weiter Richtlinien für die Stabilisierung der Mark und fordert zu diesem Zweck eine unabhängige Währungsstelle, der die Reichsbank einen Teil ihrer Goldreserven zur Verfügung zu stellen hat und die zu einem feststehenden Kurs Papiermark ansetzt. Die schwebenden Schulden sollen begrenzt werden. Unter den einzelnen Vorschlägen, die die Richtlinien enthalten, ist sehr merkwürdig, daß man auch an die Schaffung von Goldschulden denken darf, man aber andererseits über die Aufhebung aller Wechselverordnungen spricht. Der Reichsbankinstitut müßte in der Zwischenzeit höchstens denartlastet und neues Geld solange ausgedruckt erhalten werden, bis die Stabilisierung der Mark gelöst ist. Soweit die Grundzüge des Gutachtens, die natürlich noch nach verschiedenen Richtungen ergänzt werden können. Ferner bemerkt es, daß die ausländischen Finanzfachverständigen ein lautes Vertrauen

waren bei den Wahlen im Jahre 1920 mit einer erheblichen Mehrheit in das Parlament eingegangen. Wenn es die Demokraten auch nicht erlangen ist — und das war auch nicht anzunehmen —, diese Mehrheit zu brechen, so haben sie doch erreicht, daß sie nunmehr ein bedeutend weiter Götter in das Parlament einzuführen. Am 22. und 23. d. M. die Wahlversammlung von 21 auf 18 reduzierten. Auch in den Kommunen haben die Demokraten beachtenswerte Erfolge erzielt. Mit Interesse die Frage stellt, ob Amerika nicht affig in die Erweiterungen über die Schuldenausgleichs- und Reparationsfrage eingreifen solle, und als aus Amerika nach einigen Schmäuzungen die offizielle Antwort eintraf, daß man in Washington nicht erwachte, sich an diesen Erweiterungen zu beteiligen, vertritt man sich damit, daß es von dem Wohlauf abhängen werde, ob die amerikanische Regierung der Schuldenausgleichsfrage näherzutreten werde. In der Tat hat anfänglich dieses Problem in Washington eine gewisse Rolle gespielt. Aber im Verlauf der Entwicklung ist es vollständig in den Hintergrund gedrängt worden, und man darf auch von diesem Ausfall der Wahlen nicht erwarten, daß er einen grundlegenden Wandel in den Beziehungen zwischen der amerikanischen Regierung hervorgerufen wird. Europa ist auch weiter auf sich selbst angewiesen und ist, wenn sich die Verhältnisse in Europa stabilisiert haben, d. h. wenn das amerikanische Kapital Europa ohne allzu großes Risiko als leichten Lagermarkt betrachten können wird, erst dann ist die Frage, in welcher Weise sich Amerika affig an dem Wiederaufbau Europas beteiligen kann.

Schupo und Achtstundentag.

(Eigene Drahtmeldung.) Angehörige der Berliner Schupo-Polizei veranlaßten vor einigen Tagen in einer Besprechung die Durchführung des Achtstundentages. Der preussische Minister des Innern, Osselo Zwerning, hat bereits unmittelbar nach dieser Berührung erklären lassen, daß für die Schupo-Polizei die Einführung des Achtstundentages nicht in Frage kommen könne. Dessen Standpunkt vertritt der Minister auch in einer letzten erregten Erklärung, die eine Erwähnung der im Januar vorgeschriebenen Dienstverteilung bezweckt. Zur Durchführung dieser oder zu Schwierigkeiten geführt hat. Die staatlichen Polizeiverwalter sollen entsprechend den örtlichen Verhältnissen festlegen, ob der Dienst innerhalb der geforderten Obergrenze in Schichten von 8, 12, 24 u. m. Stunden abgehoben ist. Geachtet wird, daß mindestens 32 Stunden wöchentlich im Strafgefangenen verbracht werden. Der Ausbildungsstand, auf den auch bei den Beamten des Einzeldienstes nicht verzichtet werden kann, soll außerhalb der geschlossenen Dienstzeit verlangt werden. Der Gesamtstand ist so zu regeln, daß in ruhigen Zeiten möglichst jeder dritte Sonntag völlig dienstfrei bleibt. Diese Bestimmungen beziehen sich nur auf die im Einzeldienst befindlichen Beamten der Polizei in Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung.

Die Kleinrentnerfürsorge.

(Eig. Drahtbericht.) Der Hauptausfluß des preussischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit der Rentnerfürsorge. Von der Regierung wurde mitgeteilt, daß bisher aus Reichs- und Staatsmitteln 556 Millionen Mark besonders für Kleinrentner zur Verfügung gestellt wurden. Bis zur Schaffung einer Reichsrentnerfürsorge werde noch einige Zeit vergehen. Die Demokraten beantragten, ein besonderes Gesetz für Kleinrentner zu erlassen, was von unseren Ovationen abgelehnt wurde, die eine Befreiung der Arbeiter für das Reichsrentnergesetz forderten.

Ein Dampfer explodiert.

Wie die Marine-Nachrichtenstelle Guxhagen meldet, ist der deutsche Dampfer „Lepold David“ heute morgen 9.30 Uhr auf der Reede von Guxhagen explodiert und gesunken. 10 Mann der Besatzung konnten bisher gerettet werden. Die Leiche des Dampfers gelang am nächsten Morgen Strand.

Divanien Erinnerungen.

Der Reichsleiter „Zeit“, der die Kaisererinnerungen veröffentlicht hat, gibt bekannt, daß er jetzt mit dem Rücktritt der Reichsleiter beabsichtigt, der beim Kriegsausbruch französischer Ministerpräsident war. Seine Darlegungen sollen die Aufstellungen des Kaisers, soweit sie die französische Regierung vom Juli 1918 angeht, wiedergeben.

Derartige Holzlieferungen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, sind die Verhandlungen der Reichsregierung über die Holzlieferungen Deutschlands an die Entente zunächst beendet. Die Beratung soll demnächst in Paris fortgesetzt werden.

in die deutsche Finanzkraft haben, ein Vertrauen, das jedenfalls viel größer ist als das des Herrn Hauptstein, der erst nach einer Anzahl anderer Voraussetzungen erfüllt werden will, ehe er eine Befreiung der Mark glaubt. Das ist außerordentlich wichtig, weil sich diese Auffassung dem Standpunkt unserer Parteigenossen nicht nähert. Der wahrscheinliche Sturz der Mark, der jetzt den Dollar „erschüttert“ habe, ist einmalig, wobei jeder inneren Berechtigung und ist nur möglich, wenn amtliche deutsche Stellen selbst immer wieder nach außen hin ihren Optimismus kundgeben, ohne daran zu denken, daß die deutsche Wirtschaft auch möglichkeiten hat, sich selbst zu helfen. Immerhin leben auch die Auslandsgeldbesitzer als wertvolle Voraussetzung an ein langfristiges Moratorium für alle Reparationsleistungen an, und die Reparationskommission wird sich diesem Datum nicht entziehen.

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Der frühere bayerische Kronprinz Rupprecht läßt Erklärungen veröffentlicht, die demselben sollen, daß er nicht in Ausland geflohen, sondern dieses damals als Ruhestätte gewählt habe. Die Erklärung selbst bezieht er nicht. Die englische Staatsräuberei, welche bisher 50 Millionen Pfund Sterling betrug, beträgt jetzt 7.422.526.147 Pfund. Die Hamburger Zeitungen melden aus Doorn, daß Estling Konstantin von Wriedenland die Villa Weyberg in der Nähe von Doorn angeteilt habe. — Berlin hat jetzt 45.500 Arbeitslose, von denen allerdings nur 2.500 Erwerbslosunterstützung beziehen. — Der mittelhessische Landtagspräsident Hülse ist wegen parteipolitischen Verhältnissen aus der SPD ausgeschlossen worden. — Die Berliner Buchdruckerkunst erklärte sich mit dem getrennt durch aus wiedergegebenen Schiedsrichter einverstanden. — Nach einer Meldung aus Brinsab soll von der Seilbahn des untergegangenen deutschen Dampfers „Herbert Sauer“ nur noch in Rom am Meer geblieben sein.

Wittingskurse.

	9. November	8. November
Amerikanischer Dollar	111. 8/100	111. 8/100
Holländischer Gulden	2080	21320
Englisches Pfund	21400	21400
Dänische Krone	1460	1710

Ausgabe von Notgeld der Jadedstädte.

Der Herr Reichsminister der Finanzen hat mit Erlass vom 26./28. September 1922 die Jadedstädte Wilhelmshaven und Rühringen zur Ausgabe von 50 Millionen Mark gemeinschaftlichen Notgeldes ermächtigt.

Die Ausgabe des Notgeldes erstreckt sich zunächst auf 2 Monate ab heute. Die Verlängerung der Ausgabe, desgl. der Verkauf des Notgeldes vor der Einlösung wird in den Tageszetteln der Jadedstädte bekannt gemacht.

Sämtliche Notgeldscheine tragen mit dem Datum vom 6. Oktober 1922 auf Wasserzeichen-Papier die vollständigen Unterschriften des Magistrats Wilhelmshaven (gez.: Zäger) und des Stadtmagistrats Rühringen (gez.: Rollner). Die grün-schwarzen 500-Mark-Scheine (in einfacher Ausfertigung) tragen die Nummern 1 bis 70 000; die blau-schwarzen 100-Mark-Scheine (in vierfacher Ausfertigung) die Nummern A 1 bis 35 000, B 1 bis 35 000, C 1 bis 35 000, D 1 bis 35 000; die orange-schwarzen 50-Mark-Scheine (in einfacher Ausfertigung) die Nummern 1 bis 20 000.

An alle Kassen der Reichs- und Staatsbehörden in den Jadedstädten, an die Banken und die Gewerbetreibenden wird das Ersuchen gerichtet, das Notgeld der Jadedstädte als Zahlungsmittel anzunehmen.

W'haven-Rühringen, 8. Nov. 1922.

Der Magistrat Wilhelmshaven

Zäger.
Stadtmagistrat Rühringen
Dr. Hellerhoff.

Öffentliche Mahnung zur Steuerzahlung.

Auf Grund des § 314 der Reichsabgabenordnung wird hierdurch bekannt gemacht, daß alle Beträge an Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer, eldenburger Gewerbesteuer sowie an Reichs-einkommensteuer, soweit die Zahlungspflicht auf Grund der Steuerbescheide abgelaufen ist, spätestens bis zum 20. Nov. d. J. an die Finanzämter zu entrichten sind.

Die Finanzämter sind vormittags von 9 bis 11 Uhr (außer Mittwochs- und Sonnabends) geöffnet. Das Geld ist abgeholt, bereit zu halten und der Steuerbescheid stets vorzuliegen.

Vom 21. November d. J. ab werden die Mahnungen im Wege der Zwangsversteigerung eingezogen werden.
Wilhelmshaven, den 8. November 1922.
Finanzamt Rühringen-Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven.

Zuführung zur Wohnungsausgabe.
Im Hinblick auf unsere Bekanntmachung zum Reichsbauentscheid vom 20. September 1922 zur Schaffung eines Ausleihsfonds für große Anbauwohnungen werden gem. § 7 des R. B. G. mit dem Ziel der Beschleunigung der Ausgabe in Höhe von 20 v. H. ab 1. Oktober 1922 erhoben.
Wilhelmshaven, 8. November 1922.
Der Magistrat. Sp. 11.

Oldenburger Anzeigenteil

Oldenburger Landestheater

Auf einer Gastspielreise durch Deutschland wird Intendant Franz Ludwig mit einer ausgezeichneten Künstlertruppe am Montag, 13. November in unserem Lustspieltheater Otto Werninghaus viel umstrittenes Material der Liebe „Die ersten Menschen“ zur Aufführung bringen. Das Werk hat in den letzten Jahren das größte Publikum in der literarischen Welt erzeugt und ist eine didaktische Wundertat. Intendant Franz Ludwig stellt das allseitig bewährte Stück für ganz Deutschland. Es kann hier in Oldenburg nur diese eine Aufführung stattfinden. Der Verkauf hat bereits an der Theaterkasse und den bekannten Vorverkaufsstellen begonnen (siehe Inserat und Plakate).

Oldenburger Landestheater.

Datum	Ab.	Kassen-Preise	Vorstellung
Freitag, 10. Nov. 7.30 Uhr	37.	II.	Der grüne Sack „Glocke“
Sonnabend, 11. Nov. 7.30 Uhr	38.	I.	Hoffmanns „Schindler“
Sonntag, 12. Nov. 3.30 Uhr			Gedächtnisfeier für die Verstorbenen Rühringen.
Sonntag, 13. Nov. 3.00 Uhr		I.	„Die Schindler“

Die massgebende Person für Edelmetalle

ist und bleibt der **Goldschmied**. Darum verkaufen Sie Ihr **Platin-, Gold- und Silberbruch** an

OTTO MOSER, GOLDSCHMIED

Peterstrasse 64, gegenüber dem Amtsgericht.
Anfertigung von Schmucksachen.

Nur 3 Tage in Wilhelmshaven Nur 3 Tage

Ausgefämmtes Frauenhaar

jetzt verkaufen für 1 Kilo 1700 Mark, für 100 Gramm 170 Mark.

Anlauf Donnerstag, Freitag, Sonnabend. (5111)

Friseur Lauser, Oldenburger Straße 9

(Ritter-Wilhelm-Brücke). — Bei 300 Gramm 30 Mt. Gehörgelvergrößerung.

Viel mehr als Dollarkurs

(bis zum 1000fachen Friedenspreis)

zahlt für Platin-, Gold- und Silberbruch

nur **Die Einkaufszentrale Grenzstr. 5.**

Nordenham.

Sämtliche Straßen sind bis zum 11. d. M. gänzlich zu reinigen bei Vermehrung einer Gebrauchshygiene bis zu 500 Mark. (5122)
Stadtmagistrat Nordenham. Sp. 10.



Lohnbeutel

(großes Format) mit Aufdruck fertigen Lohn u. Preiswert an Paul Düp & Co., Rühringen, Peterstraße 76, Fernruf-Nr. 58.

Füllfleisch!! Altpapier

Hermann Burmeister, Weidstr. 27, Tel. 1332

Guter Mittagstisch und Abendessen

Freisch, Schiller-Str. 10, Rühringen

Gold-, Platin-, Silberbruch

leihen höchstzahlend **Jungen & Thymm**

Ulrichstr. 10, Rühringen, Telefon 20

Geld für sofort **2 Garderobenfrauen.**
So suchen (5125)
Porkhaus.



Wir empfehlen **la Speilekartoffeln** ab Lager und frei Haus (5118)

Konsum-Verein.

Prima Weißbrot

Je 1000 .. von 850 Mt. an
Prima Weißbrot Nr. 1450 Mt.
Rote Burgeln, Rühringen

Speile-Kartoffeln in allen Sorten

Je 1000 .. von 700 Mt. an
Schott. Kartoffeln, Bremen; Zorf. Neu, Giech, G. & S. liefert prompt und billig! (5115)

Folkert Wilken

Brunnenstraße 3, Telefon 634.

Müllers Markthallen

Ein Wagen prima **Weißbrot**
Je 1000 950 Mark. (5125)

Arbeiter u. Angestellte abonniert die Republik!

Vereinigte Sozialdem. Partei

Ortsgruppe Rühringen-Wilhelmshaven.

Am Freitag, den 10. November, abends 8 Uhr, im Schützenhof u. W'havener Gesellschaftshaus:

Revolutions-Feier!

Mitwirkende:
Gollitsch, Arbeiter-Gesangverein, Arbeiter-Turn- und Sportvereine, Arbeiter-Jugend.

Eintrittskarten im Vorverkauf zum Preise von 10 Mark sind zu haben im Parteisekretariat, in der Geschäftsstelle der „Republik“ und bei den Parteimitgliedern. Karten an der Abendkasse 12 Mark. Es laßt freundlich ein. Der Vorstand.

Kloosthiefer-Berein Mut und Kraft.

Sonnabend, den 11. November d. J. im Schützenhof (Rühringen):

Stiftungsfest

bestehend aus Theater und nachfolgendem Ball. Anfang 8 Uhr. Hierzu laßt freundlich ein. **Tos Komitet.**

Wieder ein großes künstlerisches Ereignis in den Jadedstädten!

Othello!

Nach dem gleichnamigen großen Bühnenwerk von Shakespeare in 7 Akten. Spieldauer 2 Stunden.

Emil Jannings, der geniale Schauspieler als Othello del Moro, Generalissimus der Republik Venedig.

Jago, Offizier des Othello: **Werner Krauss**
Cosmo: **Theodor Loos**
Brabantio, Senator: **Friedr. Kühne**
Desdemona, seine Tochter: **Lea von Lenkey** (5114)

Ab Freitag: **Deutsche u. Kammer-Lichtsp.**

Bereinigte Sozialdem. Partei

Wahlverein Nordenham.

Vm Sonnabend, den 11. November 1922 in den Lokalen der Union und des Seemannshaus:

Revolutions-Feier

1. Teil (nur in der Union): Konzert, Gesangsvorträge des Reichs-Gesangvereins, Rezitationen, ausgeführt v. Mitgliedern des Bremerhav. Stadttheaters, Helldorf.
2. Teil (in beiden Lokalen) Langkänzchen, Rosenkranz 7 Uhr. — Anfang 7 1/2 Uhr. Zu reger Beteiligung laßt freundlich ein (5107)
Der Vorstand.

Sämtliche Rohprodukte

wie Eisen, Kupfer und Aluminium laßt in Tagespreisen

M. Kirchhoff

Alte Straße 12. (3880) Fernruf 607.

Schauspielhaus.

Von Donnerstag bis Sonntag: Täglich 7.30 Uhr

Sauft

Erbeob. Veder vom Staatsbühnen Berlin als Gast.

Deutscher Monistenbund.

Montag, den 13. Nov., abends 8 Uhr, im Westfälischen Haus:

Revolutions-Feier!

Mitwirkende:
Gollitsch, Arbeiter-Gesangverein, Arbeiter-Turn- und Sportvereine, Arbeiter-Jugend.

Schülerbund entlaß.

schon geschieden, auf den Markt in. In der ersten Reihe vor dem Theater. Die Besetzung erhält Belohnung. Der Anlauf mit Gewinn.

W. K. K. K.
Geleitstraße 30.

Eisen, Blei, Zink, Zumpen, Galvan u. sonstige Rohprodukte

laßt zu höchsten Preisen

Kramer, Grenzstr. 57
Telephon 1123.

Rohstoffe

wie Eisen, Kupfer, Zink, Zumpen, Galvan u. sonstige Rohprodukte laßt zu höchsten Preisen

Julius Hövlin,
Kalle a. d. B.,
Telephon 12.

Felle

zu allerhöchsten Tagespreisen

Frieda Steinkopf
Jnh.: Otto Reinhardt
Hilfenstraße 22

Dankagung.

Für die vielen Kulturleistungen, die unsere Silberbedeuten sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Joh. Köhler u. Frau
Hilfenstraße 64.

Deutscher Metallarbeiter-Bund

Rühr.-Wilhelmsh.

Radrenn!

Den Mitgliedern wird hierdurch die bevorstehende Radrennfahrt, die am 6. November nach kurzer, belliger Radrennzeit und Rollzeit

Heinrich Kraus

im noch jugendlichen Alter von 19 Jahren plötzlich verstorben ist.

Über seinen Radrennen!

Die Beerdigung findet Freitagmorgens 9 Uhr vor dem Trauerhaus, Schottens 187, aus statt, u. erfolgt eine sehr feierliche Beerdigung.

Die Beerdigung.